

Lösungsblatt Politische Ordnungssysteme BRD und DDR

Liebe 10b,

ihr habt fleißig an den Aufgaben gearbeitet. Das finde ich toll! Im Folgenden findet ihr die Lösungen zur ersten Wochenaufgabe. Bitte vergleicht diese mit euren Aufzeichnungen und ergänzt, wenn noch etwas fehlt.

1) BRD (und DDR)

	BRD	DDR
Wahlberechtigt	- Wahlberechtigte Bürger ab 18 Jahren	Wahlberechtigte Bürger
Gesetzesbeschlüsse	- Bundestag und Bundesrat	-
Bundesregierung	- Politische Führung des Landes - Bestehend aus Bundeskanzler und jeweiligen Ministern	-
Bundestag und Bundesrat	Bundestag: - Wählt Bundeskanzler - Ist Mitglied der Bundesversammlung Bundesrat und Bundestag: - Erlassen Gesetze - Wählen das Bundesverfassungsgericht	-
Bundespräsident	- Vetorecht gegenüber Bundeskanzler und Gesetzesentwürfe - Formale Wahl des Bundeskabinetts	-

2) BRD

Der Bundespräsident hat weniger Befugnisse als zu Zeiten der Weimarer Republik. Es ist beispielsweise nicht mehr möglich, die Reichsregierung zu entlassen (Notverordnungsrecht, s. Verfassungsschema der Weimarer Republik). Er kann allerdings ein Veto einlegen, wenn Gesetzesentscheidungen oder Entscheidungen des Bundeskanzlers nicht befürwortet werden.

Da der Bundespräsident während der Weimarer Republik viel Macht hatte und diese im Zuge der Machtergreifung Adolf Hitlers missbraucht wurde, findet sich in der neuen politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland keine Position mehr, welche im Alleingang weitreichende politische Entscheidungen treffen können. Man nennt diese Form auch *Gewaltenteilung*, d.h. die gesetzgebende (**legislative**), die ausführende (**exekutive**) und die rechtssprechende (**judikative**) Gewalt liegen nicht mehr in der Hand eines Einzelnen.

2) DDR

	BRD	DDR
Gewaltenteilung	ja	ja
Parteienvielfalt	ja	nein
Starke Mitbestimmung des Volkes	ja	nein
Steuerung durch eine Partei	nein	ja
Viele Befugnisse in einer Institution vereint	nein	ja

Es sind natürlich auch andere Vergleichskriterien anwendbar und möglich! ☺

Lösungsblatt Politische Ordnungssysteme BRD und DDR

3) DDR

Freie und gleiche Wahlen

Die Wahlen in der DDR waren nach außen als *frei* und *gleich* dargestellt. Gleich waren sie in dem Sinne, dass jeder Bürger und jede Bürgerin eine Stimme zur Wahl hatte und diese auch gleich viel zählte. Allerdings war sie nur dem Anschein nach frei. Das politische System der DDR bestand im Großen und Ganzen aus der Führung der Einheitspartei SED. Damit kann sie als *Einparteienstaat* bezeichnet werden. In diesem Sinne war eine freie Wahlentscheidung nicht möglich.

In der BRD war und ist jede Wahl sowohl *frei* als auch *gleich* (siehe Wahlrechtsgrundsätze Klasse 9, Thema *Europawahl*).

Mehrheitsprinzip

Das Mehrheitsprinzip stellt sicher, dass jede Entscheidung auch von der Mehrheit des Volkes getragen wird. In der DDR konnte davon nicht ausgegangen werden, da hier besonders die SED-Interessen berücksichtigt wurden. Allerdings wurde nach Außen der Anschein erweckt, als spiegelten diese SED-Interessen auch den Volkswillen wider.

In der BRD war und gilt das Mehrheitsprinzip, da nur solche Parteien die Regierung bilden, welche am meisten vom Volk gewählt wurden.

Gewaltenteilung

In beiden Staaten ist eine Gewaltenteilung erkennbar, sodass alle Entscheidungen bezüglich der Gesetzgebung, Rechtsprechung und der Gesetzesausführung von anderen Institutionen umgesetzt werden. In der DDR galt dies nur bedingt, da auch hier der Parteiwille der SED und die Kontrolle dieser vorhanden war.

Schutz der Menschenrechte

In der politischen Ordnung der DDR waren die Menschenrechte durchaus berücksichtigt. Der Alltag sah leider oft anders aus. Der Schutz der Menschenrechte war demnach daran gebunden, wie parteikonform (den SED-Interessen folgend) man sich verhielt.

Die BRD schützte und schützt die Menschenrechte und unterzeichnete im Jahre 1952 die europäische Menschenrechtskonvention.

Fazit

Die BRD war und ist ein demokratischer Staat, da alle vier Kriterien einer Demokratie erfüllt wurden.

Die DDR war nur dem Anschein nach ein demokratischer Staat. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich, dass demokratische Werte weder politisch verankert noch umgesetzt worden sind.